

Hungerstreik der Sinti in Dachau

von Renate Hengl / Christian Schu-
bert

von Aktion Sühnezeichen

Seit dem 1. Februar dieses Jahres führen wir die Arbeit von Friedemann Green fort, die er im Herbst 1979 erfolgreich in der Evangelischen Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau begonnen hatte (vgl. »Zeichen« Nr. 1/1980, S. 18).

Zu unserer bisher intensivsten Erfahrung wurde der Hungerstreik der Sinti (Zigeuner), der vom 4.4.-11.4. dieses Jahres im Gesprächsraum der Kirche von elf Sinti und einer Münchner Sozialarbeiterin durchgeführt wurde. Drei von den Sinti waren in den Konzentrationslagern Auschwitz und Dachau.

Die Sinti wählten diesen Ort, die Gedenkstätte, weil hier eine nicht bekannte Zahl von Angehörigen aus ihrem Volk ermordet worden ist und weil die Entrechtung und Benachteiligung der Sinti durch die erst 1970 aufgelöste bayerische Landfahrerzentrale und durch das bayerische Landeskriminalamt über die Zeit des Faschismus hinaus andauert. Es war das Ziel der Hungerstreikenden, eine moralische Rehabilitierung, ein Eingeständnis des begangenen Unrechts an den Sinti von dem in der Verantwortung stehenden bayerischen Innenministerium zu erreichen. Die Sinti verlangen also nicht Geld, sondern eine Geste der Versöhnung. Und ist dies nicht das Mindeste was von Repräsentanten eines demokratischen Staates verlangt werden kann, wenn während des Faschismus etwa 500 000 Sinti umgebracht worden sind, eine finanzielle Entschädigung fast ausblieb, wenn das Schuldenkonto sich noch auf folgende Posten beläuft:

NS-Akten werden nach 1945 in Rechtsverfahren gegen Sinti verwendet und ausgelegt;

Kriminalisten geben im faschistischen Geist Empfehlungen, wie die »Landfahrer« zu behandeln sind;

In einigen Schulbüchern lebt das Bild weiter vom sozialen, stets potentiell kriminellen Zigeuner;

Camping-Plätze dürfen von den Sinti nicht betreten werden;

Die Stellplätze für Sinti entsprechen oft nicht den minimalsten Ansprüchen einer sog. Wohlstandsgesellschaft;

überall sind bissige, abfällige Kommentare über Zigeuner zu hören (Vgl. »Zeichen« Nr. 3/1979).

Wahrhaftig, Versöhnung tut not. Deshalb war es ein wertvoller Schritt, als das Ev. Dekanat München den Gesprächsraum als Zufluchtsort für die Hungerstreikenden zur Verfügung stellte, die Kirche erneut ihrer Bestimmung übergeben werden konnte.

Das, was sich hier während einer Woche ereignete, war ein kleines Zeichen der Versöhnung. Nicht nur, weil hunderte von Menschen kamen — Interessierte, Fragende, natürlich auch Schaulustige, Schimpfende — sondern weil beide Seiten, wir wie die Sinti, etwas von uns gaben.

Als die Aktion der Sinti näher rückte, wurde uns klar, daß wir vorher keinen näheren Kontakt zu ihnen gehabt hatten. Sie waren uns bestenfalls aus Erzählungen und Zeitungsmeldungen bekannt. Das Bild verdichtete sich zu dem Klischee vom fahrenden Volk, von feurigen Zigeunerfrauen und geschneigelten Männern, die vom Handel und Diebstahl sich nährten. Wir erappten uns bei dem Gedanken, daß sie den Gesprächsraum verunreinigen oder beschädigen könnten, und war nicht auch die Geldkassette wegzuschließen?!

Es könnte im Gesprächsraum das Bild nach außen entstehen: »Dort sieht es aus wie bei den Zigeunern.«

Doch was wir entdecken konnten, paßte nicht in das Klischee. Obwohl auf kleinstem Raum sich zwölf Personen aufhalten mußten, Presse und unzählige Besucher im Gesprächsraum aus- und eingingen, wurde der Raum sehr sauber gehalten, was für die Sinti eine Selbstverständlichkeit ist. Ein jeder, der einen Zigeuner-Wohnwagen von innen gesehen hat, kann diese Tatsache bestätigen.

Wir hatten es mit einer ganz unerwarteten Reaktion zu tun, daß nämlich die Sinti unter dem Druck stehen, nicht aufzufallen, was bis dahin gehen kann, daß sie ihre Identität verleugnen müssen, z.B. wenn sie einen bürgerlichen Beruf ergreifen wollen.

In den vielen, vielen Gesprächen, die die Sinti zur Information der Besucher führten, betonten sie denn auch ihre Selbsthaftigkeit, das gute Auskommen mit den Nachbarn, ihre nationale Zugehörigkeit zu den Deutschen. Sie wollten und wollen nicht als Außenseiter erscheinen, sondern als ganz 'normale' Bundesbürger.

Im Laufe der einen Woche wurde uns deutlich, daß der Auftrag zur Versöhnung nicht nur heißen kann, Wohnungen und Berufsausbildungsmöglichkeiten für die Sinti zu schaffen, sondern auch heißen muß, sie vom Druck der »Überanpassung« zu befreien, indem wir ihre Kultur, ihre Lebensweise kennenlernen und respektieren.

Wer von uns macht sich schon die Mühe, einmal auf einen Stellplatz zu fahren, mit den Sinti zu sprechen, seine Vorurteile einzugestehen, sich nach den Interessen und Gewohnheiten der Sinti zu erkundigen?!

Für die Sinti war es eine ebenso neue Erfahrung, solch starke Solidarität zu erhalten: hunderte von Unterschriften wurden im Gesprächsraum für die Forderung der Sinti gegeben. Man überreichte Blumen und kleine Prä-

sente. Einige Besucher organisierten Info-Tische und in den Städten Demonstrationen (Hamburg und München). Dann die vielen Briefe und Telegramme, die den Sinti moralische Unterstützung zukommen ließen. Die Ausnahme waren Briefe ohne Absender, die die Vergasung der Sinti forderten oder die, die Schuld für die heutige Situation bei den Sinti ansiedelten.

Beeindruckend für uns war die gar nicht so selbstverständliche Unterstützung von den eigenen Volksangehörigen. Wir müssen wissen, daß die Sinti nicht über ein ausgebautes Kommunikationsnetz verfügen, daß hauptsächlich die Verwandtschaftsbeziehungen die Informationskanäle darstellen und, daß es bis vor kurzem nur etwa vierhundert, nicht fest organisierte Mitglieder im Verband der Sinti in der Bundesrepublik gab. Und daß Verbandsziel sowie Sippeninteressen in dieser Phase der Entwicklung politischen Selbstbewußtseins noch nicht deckungsgleich sind.

Was uns selbstverständlich erscheint, kann für dieses Volk nicht gelten: nämlich das Inanspruchnehmen von politischen Rechten. Aufgrund der erfahrenen Diskriminierung gehen die meisten Sinti mit Angst und Vorsicht an die Öffentlichkeit und neigen bislang eher zur politischen Enthaltensamkeit.

Um so erstaunlicher war dann die hohe Anteilnahme der nach Dachau gereisten Sippen, die herzliche Großfamilienatmosphäre, die im Gesprächsraum herrschte.

Ohne die Gewißheit, daß der größte Teil der eigenen Volksangehörigen hinter den Hungerstreikenden steht, wäre die Weiterführung des Hungerstreikes nicht möglich gewesen, denn der körperliche Zustand war durch Schwächeanfälle angegriffen.

Nach einer siebenstündigen Verhandlung konnte am achten Tag der Hungerstreik abgebrochen werden. Es war ein Teilerfolg zu verzeichnen: Das Bayerische Staatsministerium des Innern war zwar nicht bereit, einer Verurteilung der diskriminierenden und rassistischen Tätigkeit der Landfahrerzentrale gegenüber den Sinti generell zuzustimmen. Doch die drei Fraktionen des bayerischen Landtages gestanden ein, daß der notwendige Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungen gegenüber den Sinti nicht erreicht worden sei. Das Bayerische Innenministerium kam nicht umhin, sich zu verpflichten, allen vorgebrachten Fällen im Detail nachzugehen und nach dem Verbleib der NS-Akten des Reichssicherheitshauptamtes und des Rassenhygieneinstitutes, auf deren Grundlage Sinti Jahrzehnte lang von anderen Behörden im Bundesgebiet diffamiert wurden, in seinem Geschäftsbereich zu forschen.

Ein noch in der Ferne liegendes Projekt kündigt sich in Dachau an: Der Verband der Sinti möchte hier ein Kultur- und Begegnungszentrum schaffen, dem eine Dokumentationsstelle zur Erforschung der Naziverbrechen an den Sinti angegliedert werden soll. Wir denken, daß es eine Aufgabe für die kommenden Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste sein wird, das Projekt über das Stadium der Planung hinaus zu unterstützen. ●